



Deutliches kommunales Finanzierungsdefizit im 1. Halbjahr 2023

Das 1. Halbjahr 2023 schloss der Staat mit einem Defizit in Höhe von -76 Mrd. Euro ab. Die kommunalen Kernhaushalte erzielten ein Finanzierungsdefizit von -8,2 Mrd. Euro. Das Minus fällt damit nur geringfügig geringer als im Corona-Jahr 2020 aus. Nur durch die vollständige Übernahme der Ausfälle bei der Gewerbesteuer durch Bund und Länder konnte damals ein negativer Finanzierungssaldo zum Jahresende verhindert werden. Mit Blick auf die dynamische, und von kommunaler Seite kaum steuerbare Ausgabenentwicklung, braucht es dringend eine bessere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden. Aktuell geht die Bundespolitik mit dem Wachstumschancengesetz aber in die entgegengesetzte Richtung und bürdet den Kommunen nochmals massive Mindereinnahmen auf. Ohne eine Kompensation der Steuerausfälle ist das Wachstumschancengesetz eine Wachstumsbremse, denn die Städte und Gemeinden werden haushalterisch gezwungen sein, ihre Investitionen massiv runterzufahren sowie auf Personaleinstellungen zu verzichten.

Im Einzelnen:

Am 06.10.2023 hat das Statistische Bundesamt die vorläufigen Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik veröffentlicht. Der Öffentliche Gesamthaushalt hat im 1. Halbjahr 2023 rund 11 Prozent mehr ausgegeben, aber nur rund 6 Prozent mehr eingenommen als im 1. Halbjahr 2022: Einnahmen von 889,7 Mrd. Euro standen Ausgaben von 965,8 Mrd. Euro gegenüber. Dies führt bei Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung in der Konsequenz zu einem deutlichen Finanzierungsdefizit von -76,1 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hat sich das öffentliche Defizit somit mehr als verdoppelt (1. Halbjahr 2022 - 32,9 Mrd. Euro). Insgesamt erzielt alle Ebenen Defizite, das Minus auf Seiten des Bundes war mit -64,2 Mrd. Euro gleichwohl am höchsten (Länder: -0,1 Mrd. Euro). Die kommunale Ebene verzeichnete bei den Kern- und Extrahaushalten ein Minus von -7,3 Mrd. Euro (Vorjahreszeitraum -1,6 Mrd. Euro).

Bei einer näheren Betrachtung der Zahlen zeigen sich bereits merkliche Auswirkungen der Zinswende. So wuchs allein im 1. Halbjahr 2023 der Zinsaufwand des Bundes für Kredite und Darlehen um +411,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 29,3 Mrd. Euro an. Auf Landesebene zeigt sich die Zinswende im Vergleich zum Bund weniger stark beim Zinsaufwand (+ 15,8 Prozent), sondern vor allem bei der auch aufgrund der hohen Zinsen stark rückläufigen Bautätigkeit. So sind die Einnahmen der Länder aus der Grunderwerbsteuer im 1. Halbjahr 2023 um 33,5 Prozent auf 6,3 Mrd. Euro zurückgegangen.

Hingewiesen sei auch auf einen statistischen Sondereffekt durch die Aufnahme von ÖPNV-Einheiten in den Gesamthaushalt. Wegen der Einführung des Deutschlandtickets und der damit verbundenen größeren Abhängigkeit von öffentlichen Zuweisungen wurden ab dem 2. Quartal 2023 etwa 440 Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs als Extrahaushalte in den Öffentlichen Gesamthaushalt einbezogen. 370 davon sind der kommunalen Ebene zuzurechnen, entsprechend sind die Sondereffekte bei den Extrahaushalten der Kommunen, insbesondere bei den Personalausgaben und den laufenden Einnahmen, auch am stärksten ausgeprägt.

Entwicklung Kommunen

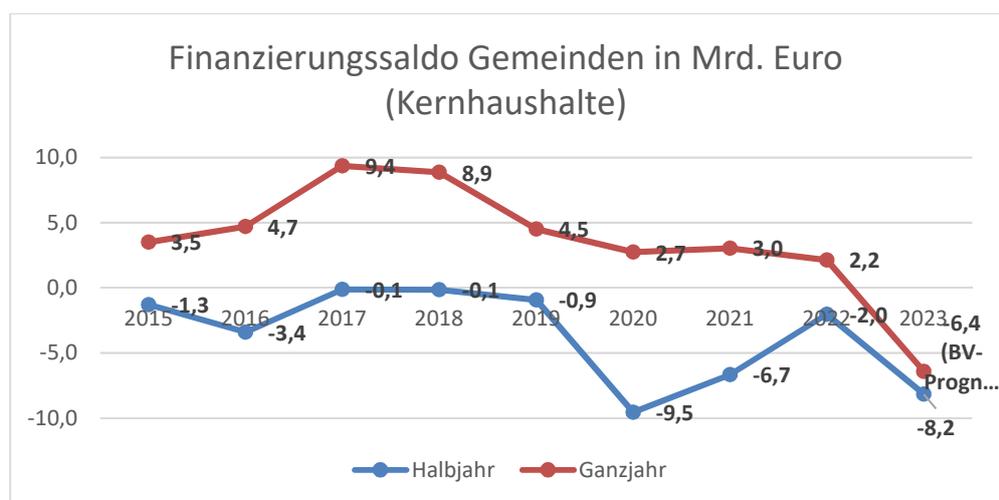
Im 1. Halbjahr 2023 wiesen die Gemeinden und Gemeindeverbände in Deutschland ein Finanzierungsdefizit von 7,3 Mrd. Euro auf. Das Defizit fällt damit deutlich höher als im 1. Halbjahr 2022 aus (-1,6 Mrd. Euro). Betrachtet man nur die Kernhaushalte, so lag das Finanzierungssaldo sogar bei -8,15 Mrd. Euro. Mit Ausnahme der Kommunen in Thüringen verzeichneten die Städte und Gemeinden in allen Ländern negative Finanzierungssaldi.

Die kommunalen Einnahmen (Kernhaushalte) sind um – in Normalzeiten eigentlich guten – 5,5 Prozent auf 147,108 Mrd. Euro gestiegen. Sie lagen dabei allerdings deutlich unter dem prozentualen Aufwuchs der Ausgaben. Diese stiegen im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr um 9,7 Prozent auf 155,258 Mrd. Euro an. Besonders stark sind dabei die Ausgaben für soziale Leistungen gestiegen (+11,8 Prozent). Infolge des Tarifabschlusses zogen auch die Personalausgaben bereits merklich an (+7,0 Prozent). Die laufenden Sachaufwendungen (+7,9 Prozent) wie die Sachinvestitionen (+15,2 Prozent) sind aufgrund der allgemeinen Teuerung ebenfalls deutlich angestiegen.

Anmerkung:

Die aktuellen Haushaltszahlen des Statistischen Bundesamt unterstreichen die zunehmend prekäre Finanzlage der Städte und Gemeinden. In der Summe lag der Finanzierungssaldo der Kommunen nach dem ersten Halbjahr bei -8,2 Mrd. Euro. Dabei lässt weniger das negative Vorzeichen beim Finanzierungssaldo, welches statistisch zur Mitte des Halbjahres durchaus normal ist, sondern die Höhe des Defizits die Alarmglocken schrillen. Zum Vergleich: Zum selben Zeitpunkt des letzten Jahres lag das Minus bei -2,0 Mrd. Euro.

Im Jahr 2020 lag das Minus zur Jahreshälfte Corona-bedingt bei -9,5 Mrd. Euro. Dass in der Summe am Ende doch noch ein positiver Saldo erreicht werden konnte, ist vor allem auf die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle zurückzuführen.



Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Kommunalfinanzen steht zu befürchten, dass die Ausgaben weiter dynamisch aufwachsen werden, wohingegen die Einnahmen infolge der schlechteren allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung – zuletzt hatte auch der Internationale Währungsfonds einen nochmals höheren Rückgang der deutschen Wirtschaftsleistung (-0,5

Prozent) prognostiziert – und vor allem aufgrund der geplanten gesetzlichen Änderungen im Zuge des sog. Wachstumschancengesetz in den kommenden Jahren nur noch geringfügig steigen werden.

Das sog. Wachstumschancengesetz stellt daher ein enormes Risiko dar, zu einer Wachstumsbremse zu mutieren. So sieht der Regierungsentwurf in den Jahren 2025 bis 2027 gemeindliche Mindereinnahmen zwischen -2,2 und -3,3 Mrd. Euro vor. Proportional tragen die Kommunen dabei die Hauptlast, da ihre Steuereinnahmen deutlich geringer als die von Bund und Länder sind. Diese massiven Mindereinnahmen verschärfen nochmals die ohnehin bereits prekäre Finanzsituation der Kommunen. In den kommenden Jahren müssen die Städte und Gemeinden daher mit zweistelligen Defiziten rechnen. Bund und Länder müssen daher die Mindereinnahmen der Kommunen kompensieren. Ansonsten ist für viele Gemeinden das Herunterfahren von Investitionen und der Verzicht auf notwendige Stellenneu- und -nachbesetzungen alternativlos. Damit würde der Konjunktur ein Bärendienst erwiesen.

Insgesamt zeigt sich, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen endlich auf eine tragfähige Grundlage gestellt werden muss, sonst werden die erforderlichen Zukunftsherausforderungen von den Städten und Gemeinden nicht gemeistert werden können.

(Quelle: DStGB-Aktuell 4123-03)

jl-ru